

Presseinformation



Julia Klöckner, MdL
Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
3. Plenarsitzung, Donnerstag, 26. Mai 2011

„Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

26.05.2011

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident und sehr geehrte Kabinettsmitglieder, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich betrete Neuland hier in diesem Hause. Ich habe mich ganz Rheinland-Pfalz verschrieben. Morgen werde ich in Berlin mein Bundestagsmandat niederlegen – und ein Versprechen einhalten, das ich vor der Wahl abgegeben habe: Hier zu sein, hier zu bleiben – und zusammen mit der CDU-Landtagsfraktion für ein Rheinland-Pfalz der Zukunft zu arbeiten.

Aber nicht nur ich betrete Neuland. Es sind auch die Kollegen der Grünen, die nun erstmals in Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz sind. Ich wünsche Ihnen weise Entscheidungen, die Kraft, sich nicht durch die Macht verleiten zu lassen zu Entscheidungen, die Sie vor der Wahl ablehnten.

Und auch Sie Herr Ministerpräsident betreten Neuland. Sie koalieren mit den Grünen. Wollen einen Neuanfang wagen, der nicht einfach ist. Gestern war Ihre letzte Regierungsrede zur Eröffnung einer Legislatur. Ein wenig hat man Ihnen das auch angemerkt.

Vertrauen und Wählerauftrag

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in jedem Einzelnen von uns haben die Wähler Vertrauen gesetzt – viele von uns sind direkt gewählt oder über die Landesliste ins Parlament eingezogen.

Vertrauen ist ein hohes Gut, man hat es schneller verspielt als gewonnen. Unabhängig unserer Fraktionszugehörigkeiten muss uns allen daran gelegen sein, an einem guten, besseren Image von Politikern zu arbeiten. Uns muss gerade mit Blick auf die Stabilisierung unserer Demokratie daran gelegen sein, dass Politikinteresse und Wahlbeteiligung steigen.

Wir haben es gemeinsam in der Hand, wie wir draußen, im Land vor Ort, an den Bildschirmen, in den Zeitungen und Radios wahrgenommen werden. Unser aller Stil im Umgang miteinander wird auch darüber entscheiden, ob die Bürger noch Lust haben, uns zuzuhören.

Das schließt harte Auseinandersetzungen in der Sache nicht aus, aber fair und menschlich sollte es zugehen. Das gilt für alle Seiten. Und sollte es zu persönlichen Verletzungen im Wahlkampf gekommen sein, dann bitte ich dies zu entschuldigen – was ich umgekehrt auch gerne tue.

Opposition/Koalition

Nun gilt es, in der Sacharbeit Positionen im Parlament zu verdeutlichen. Eines vorweg: Natürlich werden wir die Regierung kritisieren. Und natürlich werden die Regierung und die Koalitionsfraktionen diese Kritik meist abtun. Ich bitte aber eines nicht zu verwechseln: Kontrolle und Kritik ist ausdrücklich erlaubt, gerade von der Opposition gefordert – und wer dies platt als Wahlkampf oder Unflätigkeit abtut, der hat entweder das Demokratieprinzip nicht verstanden oder hat verlernt, kritikfähig zu sein.

Und ich bitte diejenigen, die die Mehrheit in diesem Parlament haben, Respekt vor der zweitgrößten Fraktion, der einzigen Oppositionsfraktion zu haben – im Umgang zum Beispiel bei den Geschäftsordnungsfragen.

An zwei Stellen Ihres Koalitionsvertrages sprechen Sie davon, dass Sie sich aktiv bemühen, alle Abgeordneten einzubeziehen – bei Verfassungsänderungsfragen, weil Sie hier die CDU brauchen?

Aber ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, alle Abgeordneten bei allen Entscheidungen des Parlamentes einzubeziehen – wollen Sie sich nicht immer um Konsens bemühen, oder die Opposition dann einfach niederstimmen?

Mehrheit ist zwar Mehrheit, aber man kann auch Zeichen setzen.

Die CDU-Fraktion hat bei der Wahl der Präsidiumsmitglieder bewusst ein positives Zeichen gesetzt. Und wir haben sehr wohl auch Ihr Zeichen wahrgenommen. Ein guter parlamentarischer Start, wie ich finde.

Ich bin der Meinung, das Parlament sollte selbstbewusst der Regierung gegenüber treten. Denn eine Regierung hält sich nicht einfach ein Parlament. Die Gesetzgebungskompetenz liegt hier im Parlament.

Und die Gesetze werden nicht einfacher werden: Hoher Schuldenstand in Rheinland-Pfalz, klamme Kommunen, belastender Unterrichtsausfall, schrumpfende und alternde Bevölkerung. Die Herausforderungen und das Erbe der vergangenen Jahre machen eine Politik für die Zukunft nicht einfach.

Demographischer Wandel

Und aus der demographischen Entwicklung heraus erwächst uns ein riesiger Gestaltungsauftrag – weil er den Umbau der gesamten Gesellschaft betrifft.

Dieser Wandel wird sich auf dem Land anders vollziehen als in der Stadt, er wird alle Bereiche unseres Zusammenlebens berühren. Hier spielen auch der Sport, die Kultur, die christlichen Kirchen, die Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle. Sie wollen uns auch ins Boot nehmen.

Der demographische Wandel verlangt von uns neu Vorauszudenken, zu überdenken, was wirklich wichtig ist. Er fordert den Zusammenhalt der Generationen, es geht um die Solidarität von Jung und Alt, von Kranken und Gesunden, Wohlhabenden und Ärmeren, es geht um die konkrete Unterstützung von Familien, die füreinander Verantwortung übernehmen – bei der Erziehung der Kinder oder der Pflege der Eltern und Verwandten. Das kann der Staat niemals leisten, ich will auch nicht, dass der Staat glaubt, dies den Menschen abnehmen zu müssen. Er muss unterstützen, aktivieren und motivieren – aber nicht dirigieren.

Ich wünsche Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Kraft, die Weitsicht und die Unabhängigkeit gemeinsam mit den Grünen unser Land sicher zu führen, Chancen zu begreifen und Neues zu schaffen. **Sicherheit im Wandel – Aufbruch?**

Ihre gestrige Rede haben Sie unter das vielsagende Motto „Sicherheit im Wandel“ gestellt.

Ihr Koalitionsvertrag trägt den verheißungsvollen Titel: „Unser gemeinsamer Weg für Rheinland-Pfalz – Aufbruch in eine soziale und ökologische Zukunft“.

Ich habe mir diesen Weg angeschaut den Anspruch den Sie formulieren und die Wirklichkeit. Das Wort Aufbruch – ja, es birgt schon etwas Faszinierendes. Einen neuen Weg gehen. Ein neuer Reiz, ein neuer Anfang. Nun – soll Rheinland-Pfalz aufbrechen. Wieder einmal. Allzu oft, Herr Ministerpräsident, wollten Sie schon als Regierungschef oder als SPD Landes- und Bundesvorsitzender aufbrechen.

Ob geforderter „Bildungsaufbruch“, ob der „gefühlte Aufbruch“ auf dem SPD-Bundesparteitag 2007, ob 2009 der „Aufbruch“ mit Andrea Ypsilanti in die Soziale Moderne ... hin zur Linkspartei, oder im vergangenen Jahr auf dem SPD-Landesparteitag in Idar-Oberstein, wo Sie eine "neue Aufbruchsstimmung" spürten.

Bekanntlich hat die SPD nach der Landtagswahl 11 Sitze weniger im Landtag. Sie sind also nicht auf-, sondern förmlich eingebrochen!

Ich erinnere an Ihre Regierungserklärung 2001 als Sie „Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs“ heraufbeschworen. Oder gar Ihre Regierungserklärung 2006, die den verheißungsvollen Titel trug: „Im Auftrag der Menschen. Gemeinsam den Aufbruch gestalten.“ Sehr geehrter Herr Ministerpräsident – ob mit der FDP, mit den Linken oder den Grünen – Sie sind ja kaum zu bremsen, wenn es ans Aufbrechen geht!!!

Schon damals, 2006, sind Sie mit Rheinland-Pfalz aufgebrochen:

Altlasten

Wer neu aufbrechen will, muss aber zuerst wissen, wo er steht, muss wissen welche Altlasten noch abzarbeiten sind.

Herr Ministerpräsident, hier geht es um das Ergebnis Ihrer vergangenen 17 Jahre. Und das ist – ich sage es gelinde – so, dass Sie jetzt ganz, ganz kräftig auf die Schuldenbremse treten müssen – und nicht wegen einer anhaltenden Wirtschaftskrise der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Herr Ministerpräsident, Sie starten hier nicht bei Null. Sie haben gestern in Ihrer Rede so getan, als seien Sie frisch dabei wie die Grünen. Frisch ist vielleicht noch der Schmerz, fast 10 Prozent eingebrochen zu sein und Wählerzustimmung verloren zu haben das verstehe ich. Diese Altlasten müssen aber benannt, erst einmal in Ordnung gebracht werden! Sonst gibt es keine „Sicherheit im Wandel“, die Sie propagieren, sonst ist der Wandel das Trampeln alter Pfade.

Bürgerbeteiligung

Herr Ministerpräsident, nah bei Menschen zu sein, das sei Ihr Leitmotiv, sagten Sie gestern. Und ich zitiere auch aus dem Koalitionsvertrag:

„Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern bei zentralen Zukunftsentscheidungen vor Ort und im Land mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten geben.“

Da stimme ich Ihnen zu. Das will die CDU auch. Hier freue ich mich auf einen gemeinsamen neuen Weg – und hier wird die CDU mit einem eigenen Vorschlag einen Vorstoß machen. Denn wir brauchen in der Tat mehr als nur von einer Agentur moderierte Bürgerkongresse, die Sie bei der Kommunalreform organisieren ließen. Das waren eher Show-Veranstaltungen, aber keine wirkliche Mitbestimmung!

Wo es der Landesregierung passt, werden Bürger pro forma ins Boot geholt.

Aber, wo das voraussichtliche Ergebnis nicht in den Kram passt, bleiben sie außen vor.

Kommunalreform

Beispiel Kommunal- und Verwaltungsreform:

Wie sieht es denn hier mit der Bürgerbeteiligung aus?

Zwangsfusionen statt Bürgerbeteiligung. Sie sprachen gestern, Herr Ministerpräsident, vom Jahr der Ehrenamtstätigkeit. Wenn dann aber durch Zwangsfusionen von Gemeinden ehrenamtliche Ratsmitglieder vor den Kopf gestoßen werden, dann ist Ehrenamt alles andere als Ehrensache.

Die CDU schlägt deshalb vor, die verunglückte Kommunal- und Verwaltungsreform zu stoppen – und einen neuen, wirklichen Dialog mit den Bürgern zu führen.

Ein neues Gesamtkonzept zur Kommunal- und Verwaltungsreform muss dann alle staatlichen und kommunalen Ebenen umfassen. Wir wollen, dass die Bürger nach ihrer Meinung gefragt werden.

Wir bieten Ihnen hier gerade vor Ort in den Kommunen die Zusammenarbeit mit der CDU an. Die CDU stellt mehr als 100 Verbandsbürgermeister, mehr als die Hälfte der Landräte.

„Bürgerbeteiligung“, ist nicht nur ein schönes Wort für Podiumsdiskussionen oder Wahlpapiere oder Koalitionsverträge. Bürgerbeteiligung verstehe ich als Bürgerrecht – nicht in der Theorie, sondern in der Praxis.

Mittelrheinbrücke

Ich nenne das Stichwort Mittelrheinbrücke. Ich darf zitieren:

„Warum wir die Brücke brauchen?

Auf 100 Kilometer zwischen Mainz und Koblenz gibt es keine Brücken....Viele Menschen verlassen die Region und so blutet ein Teil des Rheintals aus. Die ortsansässigen Unternehmen auf beiden Seiten können wegen der Grenze nur einen halben Kundenkreis bedienen und sind so in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt. Infrastruktur und gute Verkehrswege sind wichtig für die Entwicklung einer Region und genau diese Entwicklung soll die Brücke beleben.“

Erinnern Sie Sich noch, Herr Minister Lewentz?

Ihre Worte am 14. Dezember 2010 in einem SPD-Interview. Das Internet vergisst eben nichts. Genauso wenig wie Pressemitteilungen des SPD-Landtagsabgeordneten Puchtler. Vom 25.11.2010 Überschriften mit:

„Mittelrheinbrücke: SPD steht – CDU wackelt“

Wenn Sie wenigstens nur gewackelt, aber dann gestanden hätten. Sie sind komplett umgefallen!

Und weiter heißt es in dieser Pressemitteilung:

„Die SPD steht (...) uneingeschränkt für den Bau der Mittelrheinbrücke. Darauf können sich die Bürger verlassen!“

Und jetzt: Jetzt sind die Bürger verlassen!

Es gab Zeiten, Da waren Ihnen die Bürger noch wichtig.
Vor der Wahl.

Nach der Wahl bestimmen Sie einfach selbst, was den Bürgern angeblich wichtig ist. Gestern sagten Sie, Herr Ministerpräsident, wörtlich in ihrer Rede, dass die Entscheidung gegen die Mittelrheinbrücke „für die Menschen in unserem Land tragbar ist“. Ein Zwischenruf von besagtem Absender der SPD-Pressemitteilung hatte ich hier gestern nicht gehört, aber vielleicht findet sich das ja im Protokoll.

Also, diese Entscheidung, auf die Brücke zu verzichten, sei für die Menschen tragbar. Wann haben Sie die Menschen denn danach gefragt? Und welche denn eigentlich? Die Pendler, die Unternehmer, die vielen Familien vor Ort jedenfalls nicht. Die sagen lautstark – auch für Sie unüberhörbar – etwas ganz anderes.

Und Herr Ministerpräsident, sollte nicht die Mittelrheinbrücke das Pilotprojekt sein für ein neues Bürgerbeteiligungskonzept in Rheinland-Pfalz?

Verehrte Kollegen, die CDU steht weiterhin zu den Versprechen vor der Wahl: Wir haben Lehren aus Stuttgart 21 gezogen, wir haben deshalb mit Heiner Geißler ein Konzept zur besseren Bürgerbeteiligung entwickelt, und dieses Konzept werden wir in den Landtag auch einbringen.

Unter anderem gehört zu diesem Bürgerbeteiligungskonzept die Neugestaltung von Volksbegehren. In Rheinland-Pfalz liegt die Hürde bei 300 000 Unterschriften, das ist zuviel, wir wollen sie absenken auf 200 000. Und wir setzen uns für die Verlängerung der Zeiträume für die Unterschriftensammlung ein.

Hochmoselübergang

Zurück zur Brückenpolitik und den rheinland-pfälzischen Grünen. Die ist schon ein paar Sätze wert.

Frau Ministerin Lemke; Herr Kollege Köbler. Sie haben den Protest gegen den Hochmoselübergang geschürt. Sie wollten die Leute glauben lassen, die Grünen könnten, seien sie erst einmal in der Regierung, das wichtige Verkehrsprojekt stoppen. Sie Sie haben Erwartungen geweckt. Sie haben den Hochmoselübergang zum Kernziel Ihrer Wahlkampfbotschaft gemacht.

Sie traten im Wahlkampf mit dem erklärten Ziel an, die Brücke zu kippen. Frau Ministerin Lemke nannte es ein „ökologisch und ökonomisch schädliches Wahnsinnsprojekt.“ (Grünen-PM, 19.08.2010)

Und noch einmal: Sie sind mit einem Versprechen hausieren gegangen, obwohl Sie wussten, dass Sie es nicht würden halten können.

Vor der Landtagswahl. Wider besseren Wissens. Ihre Wähler an der Mosel fühlen sich getäuscht. Sie können uns doch nicht allen ernstes erzählen, die Grünen hätten nichts von den vertraglichen Verpflichtungen gewusst - und das bei Ihrer Kompetenz als Unternehmensberaterin, Frau Ministerin Lemke.

Wir alle wissen, Sie haben einen guten Grund gesucht, um ihr gebrochenes Versprechen zu erklären: Sie sagten, erst im Laufe der Koalitionsverhandlungen hätten Sie dies erkennen müssen, mit Blick in die Unterlagen und mit Blick auf Schadensersatzforderungen des Bundes. Liebe Frau Lemke, lieber Herr Köbler, dass Sie uns genau diese Argumente nicht abgenommen haben, lasse ich ja noch durchgehen. Aber auch Sie Politiker, die sitzen im Bundesverkehrsausschuss, mit Ihnen kann man reden, die können Ihnen das erklären – bevor man ein Versprechen abgibt.

Vor der Wahl waren Daniel Köbler und Eveline Lemke zu Gast bei der Allgemeinen Zeitung. Über den Besuch berichtete ein Artikel. Da ging es auch um den Hochmoselübergang. Ich darf kurz zitieren:

*„Die Brückenprojekte hätten eine hohe Symbolkraft, verdeutlicht Lemke. Und solche symbolträchtigen Projekte müssten verhindert werden. **Das könne als Preis auch bedeuten, in die Opposition zu gehen.**“*

Starke Worte.
Vor der Wahl.

Wie schnell doch selbst Grünen-Politiker ihre großen Ideale und Wahlversprechen wie Ballast abwerfen, wenn's auf der Regierungsbank bequem wird.

Wirtschaftspolitik

Brückenbau ist Infrastrukturpolitik und Infrastrukturpolitik ist Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün ist ein wolkiges Kapitel. Ich zitiere aus Ihrem Koalitionsvertrag:

„Die rot-grüne Landesregierung verfolgt eine sozial gerechte, innovative und ökologische Wirtschaftspolitik. Wir werden wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischem Innovationsschub und guter Arbeit verbinden...“

Dieser Erklärung folgt eine Absichtserklärung nach der nächsten. Ich bin erleichtert, Rot-Grün bekennt sogar:

„Wir halten an der Selbstverwaltung und der Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft fest. Deshalb unterstützen wir ein modernes und transparentes Kammerwesen.“

Was sie genau darunter verstehen – das sagen sie zwar nicht. Aber es ist schon bemerkenswert.

Dass Rot-Grün im Koalitionsvertrag bekräftigt, an der Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft festhalten zu wollen.

Mir war bisher nicht bekannt, dass es in der jüngsten rheinland-pfälzischen Geschichte Bestrebungen gegeben hätte, die Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft abzuschaffen.

Bravo - die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hält an der sozialen Marktwirtschaft fest Es geht ein Ruck durch Deutschland.

Genauso wie bei Ihrem Veggieday. Einmal in der Woche soll es einen fleischlosen Tag in Rheinland-Pfalz geben, steht extra im Koalitionsvertrag. Aber müssen wir jetzt an sechs anderen Tagen Fleisch essen? Die CDU hält nichts, absolut gar nichts, von der Entmündigung und Gängelung der Bürger. Auch nichts von der Gängelung unserer Unternehmer, die weiß Gott schon mit genug Auflagen zu kämpfen haben.

Im Koalitionsvertrag kündigen Sie an, Rheinland-Pfalz soll eine gentechnikfreie Zone werden. Und was ist mit dem Limburger Hof, was ist mit der BASF, den vielen Tausend Mitarbeitern? Hier geht es nicht nur um Grundlagenforschung, hier geht es um einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien, hier geht es um den Wirtschafts-, Industrie- und Wissenschaftsstandort in Rheinland-Pfalz. Zu Recht ist die BASF alarmiert!

Alarmiert sind auch die vielen Winzer und Landwirte in Rheinland-Pfalz. Herr Ministerpräsident, Sie sagten, die Landesregierung hätte für qualitativ hochwertige Weine gesorgt in Rheinland-Pfalz. Bei aller Wertschätzung Ihres Könnens, aber die Weine machen schon noch die Winzer selbst – und zwar auch ohne warme Worte der Landesregierung! Kümmern Sie sich lieber darum, dass die Interessen bei der EU-Agrarreform lautstark auch von Rheinland-Pfalz vertreten werden. Hier scheint es ja einen Schwenk in der Politik vom ehemaligen Minister Hering zu seiner Nachfolgerin zu geben.

Wenn Sie immer wieder betonen, Frau Ministerin Höfken, die ökologische Landwirtschaft hätte Nachholbedarf in Rheinland-Pfalz und es müsse hier zu einer Wende kommen, dann unterstellen Sie den konventionell Wirtschaftenden, dass sie nicht nachhaltig arbeiten. Das sehe ich anders.

Wir stehen für ein faires Nebeneinander aller Wirtschaftsformen – ohne Bevorzugung. Das ist auch im Sinne des Verbrauchers.

Verbraucherschutz

Ganz und gar nicht im Sinne des Verbrauchers ist der Ausverkauf des Ressorts Verbraucherschutz ins Justizministerium. Jetzt sind die Angelegenheiten bei einem Minister, der es gar nicht werden wollte.

Und das erklärt vielleicht auch, Herr Ministerpräsident, warum Sie gestern Ihre Rede nicht genutzt haben, die Verbraucher zu informieren und zu beruhigen, dass bei der EHEC-Infektion keine Historie entsteht – gerade mit Blick auf die vielen Obst- und Gemüsebauern in der Pfalz und Rheinhessen. Denn stehen ungerechtfertigt wegen aktueller Schlagzeilen unter Rechtfertigungsdruck.

Wäre der Verbraucherschutz beim Ernährungsressort geblieben, hätte es vielleicht eine Politik aus einem Guss geben können. Liebe Kollegin Höfken, wir kennen uns aus neuen Jahren gemeinsamer Bundestagsarbeit aus dem Verbraucherausschuss – und ich weiß, Sie leiden sehr unter dieser Entscheidung, dass Ihr Ressort beschnitten wurde. Da gab es eben einen Handel in der Koalition, aber das wissen Sie ja selbst am besten.

Infrastruktur

Und noch einmal: Wirtschaftspolitik ist auch Infrastrukturpolitik, besonders für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz.

Sie wollen die Mittel für den ÖPNV verdoppeln. So steht es in Ihrem Koalitionsvertrag.

Das Land wendet schon jetzt fast 400 Millionen Euro jährlich aus dem Haushalt für den öffentlichen Personennahverkehr auf.

Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt wurde ohne Zweifel ein beachtliches Leistungspaket entwickelt. Wir stehen voll und ganz hinter dem Rheinland-Pfalz-Takt.

Der das kostet einen hohen Preis - aber er lässt sich leider nicht auf alle abgelegenen Ecken des Landes ausweiten.

Eines ist klar: Die geplante Verdoppelung des ÖPNV-Anteils geht dann natürlich zu Lasten des Straßenneu- und Ausbaus und auch zulasten der Erhaltung.

Die bösen Autos gegen die guten Busse und Bahnen? Die Konfrontation von Straße, Schiene und Wasserstraße. Das ist der Masterplan Ihrer rot-grünen Verkehrspolitik? Nur – wir leben hier in Rheinland-Pfalz in einem Flächenland mit vielen dünn besiedelten Gebieten, denken Sie an den Hunsrück oder die Westpfalz.

Hier geht es schlichtweg nicht ohne Individualverkehr mit dem Auto – Und abgesehen davon, brauchen auch Busse intakte Straßen. Beim Landesstraßenbau reichen schon jetzt die Mittel nicht aus. Der jüngste Bericht des Rechnungshofes ist alarmierend!

Ich zitiere:

„Ein Aufschieben notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen kann zwar kurzfristig Einspareffekte bewirken, mittel- bis langfristig ist dies jedoch unwirtschaftlich und führt zu hohen Instandhaltungsaufwendungen und einer erheblichen Verschlechterung der Bausubstanz.“ (S. 26)

Es ist unverantwortlich, die Infrastruktur unseres Landes nur noch auf Verschleiß zu nutzen.

Die CDU aber steht für:

- den Moselaufstieg und die Meulenwaldautobahn bei Trier
- den Lückenschluss der A 1 in der Eifel. Denn die Nord-Süd-Verbindung der A1 führt von Lübeck bis zur französischen Grenze bei Saarbrücken. Für den Transitverkehr gehört diese Strecke zu den wichtigsten in Deutschland. Auf der gesamten Länge besteht eine wenige Kilometer lange Lücke. Der gesamte Transitverkehr muss daher auf die Bundes- und Landesstraßen der Eifel ausweichen. Der Bund steht dahinter, die Menschen stehen dahinter. Die CDU steht dahinter. Die SPD stand einmal dahinter.
- Wir stehen auch für den Ausbau der A 643 vor der Schiersteiner Brücke von Mainz nach Wiesbaden. Ich weiß hier gibt es verschiedene Sichtweisen. Ich sage ganz klar: Für die rund 50.000 Rheinland-Pfälzer, die jeden Tag nach Hessen pendeln, um arbeiten zu gehen und in Rheinland-Pfalz Steuern zu zahlen, ist die Absage an den Ausbau eine Zumutung. Und wenn die Zumutungen zu groß werden, dann werden diese Pendler unser Land verlassen und zu ihrem Arbeitsplatz in Hessen ziehen. Das müssen wir verhindern.
- Wir stehen zu dem Lückenschluss zwischen Kandel und Lauterbourg in der Südpfalz
- Wir stehen zur B 10 von Primasens nach Landau

Herr Ministerpräsident, Ihnen muss doch klar sein: Was an Bundesfernstraßen von Ihnen blockiert wird, ist auch an Bundesgeldern für Rheinland-Pfalz verloren. Der Bund wird die Mittel in andere Länder umleiten. Die reiben sich die Hände.

Ja, wir müssen Arbeitsplätze in die ländlichen Regionen unseres Landes holen. Die Menschen haben ein Recht auf gleichwertige Lebenschancen. Aber dafür müssen wir Regionen wie Eifel, Hunsrück und Westpfalz mit den großen Wirtschaftszentren an der Rheinschiene und in Benelux verbinden.

Breitband

Und zu dieser Infrastruktur gehört auch ein schnelles Internet. nicht nur ein häufiges Reden, darüber sondern ein zeitiges Umsetzen.

Rheinland-Pfalz hinkt seit Jahren bei der Breitbanderschließung des ländlichen Raumes hinter den Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und anderen hinterher. Im Breitbandatlas des Bundes liegt Rheinland-Pfalz bei den westlichen Bundesländern an letzter Stelle.

Sie sehen: Es kann auch anders gehen. Erhebliche EU- und Bundesmittel werden zur Interneterschließung bereit gestellt. Nun liegt es am Land, diese Gelder zeitnah abzurufen, aber auch den Kommunen Hilfestellung zu leisten, wie sie unbürokratisch diese Gelder beantragen und bekommen können. Hier erwartet die CDU eine gebündelte eigenständige Landesinitiative, die es auch den ehrenamtlichen Bürgermeistern erleichtert, die Auflagen nicht als Abschreckung, sondern als Chance wahrzunehmen. Das die ADD hier noch zum Verzögerer geworden ist, dass ist schon ein seltsames Landesprogramm...

Nürburgring

Das größte wirtschaftspolitische Projekt der vergangenen Legislaturperiode suche ich im Kapitel Wirtschaftspolitik vergebens – das ist in den Bereich „Zukunftsfähige Infrastruktur“ abgeschoben – und zwar an die hinterste Stelle.

100 Seiten Koalitionsvertrag. Nur eine knappe halbe Seite Nürburgring. Da wollten ja offenbar beide Koalitionspartner die heiße Kartoffel nicht schälen.

Frau Ministerin Lemke – Sie sagen, Sie seien gradlinig.

Aber so schnell, wie Sie bei Ihrem Leib- und Magenthema Nürburgring die Spur gewechselt haben – das schafft selbst ein Formel 1 Weltmeister nicht!

Und Vettel ist schon schnell.

Erinnern Sie sich noch an Ihre Vorregierungspressmeldungen? Die sind fast noch druckfrisch.

Da ist von „Ministermurks“ die Rede, von „systematischer und gezielter Verschwendung von Millionen von Steuergeldern, von eklatanten Mängeln und Machenschaften am Ring, vom politischen Skandal, der Wettbewerbsverzerrung“. Sie haben Recht!

Erinnern Sie noch an Ihre Prognose? Die Erfolgsaussichten für die regionale Wirtschaft seien düster.

Diese Prognose wandelt sich auf der Regierungsbank - nachlesbar im Koalitionsvertrag ist Folgendes: Er (der Nürburgring) biete vielen Menschen einen zukunftsweisenden Arbeitsplatz.

Selbst das haben Sie noch getoppt. Am 3. Februar Frau Wirtschaftsministerin:

Am 3. Februar – 2011 wohlgermerkt - sprechen Sie von der „Heuschreckenmentalität“ Kai Richters.

Am 2. Mai - wohlgermerkt nur zwei Monate später – erklären Sie bei der Vorstellung des künftigen Landeskabinetts:

Der Nürburgring sei ein „nicht so glückbehaftetes Projekt“ gewesen. „Ich wünsch dem Betreiber (also auch der Heuschrecke Kai Richter) da eine glückliche Hand für die Zukunft.“

So schnell können sich Haltungen ändern – so sieht konkret also der sozial-ökologische Aufbruch aus.

Anstatt als Wirtschaftsministerin selbst den Besen in die Hand zu nehmen und am Nürburgring zu kehren – versuchen Sie, sich elegant der Arbeit zu entledigen. Ihre Worte am 2. Mai auf der Pressekonferenz:

Sie würden sich auf die Energiepolitik konzentrieren wollen. Ich zitiere: „Insofern könnte der Nürburgring an der einen oder anderen Stelle ablenken. Ich bin froh, dass es das dann da nicht tut.“

Und abends im SWR sagten Sie:

„Und ich lass mich nicht so gern ablenken durch andere Projekte.“

Der Nürburgring ist nicht irgendein anderes Projekt.

Frau Lemke, Sie sind stellvertretende Regierungschefin, stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz.

In der „Rhein-Zeitung“ vom 19. Mai war zu lesen, dass Sie als Präsidentin des Leichtathletikverbandes Rheinland zurückgetreten sind. Ihre Begründung: Im neuen Kabinett sind Sie nicht nur Wirtschaftsministerin, sondern auch stellvertretende Ministerpräsidentin. Das könnte zu einem Interessenkonflikt führen. Denn Sie sind ja als stellvertretende Ministerpräsidentin für alles zuständig. Auch für den Sport. Als Nebenstelle der Staatskanzlei.

Aber nicht zuständig für den Nürburgring?

Sie können sich jetzt nicht einfach wegducken und auf fehlende Zuständigkeiten hinweisen

An anderer Stelle haben Sie nämlich schon betont, dass Sie als stellvertretende Ministerpräsidentin ja für alles zuständig seien. Quasi als „Nebenstelle“ zur Staatskanzlei.

Künftig stehen auch Sie hier - genauso wie Herr Lewentz – in der Verantwortung! Und vielleicht auch wie Herr Minister Kühl und Herr Hering.

Das ist Aufbruch Rot-Grün – zwischen Anspruch und Wirklichkeit!

Zur Energiepolitik

Herr Ministerpräsident, bei Ihnen hat sich das gestern alles sehr leicht angehört:

Bis 2030 wollen Sie den in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gewinnen. Leider hat ihre Betonung das Wörtchen „bilanziell“ etwas unter den Tisch fallen lassen.

Bilanziell – das ist Ihr Hintertürchen - heißt aber, dass Sie sehr wohl damit rechnen an gewissen Tagen nicht zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energien auskommen zu können. Suggestieren bewusst aber etwas anderes.

Und Sie wollen den Strom sogar exportieren. Interessant.

Aber im Koalitionsvertrag steht, Sie wollen sogar weniger Trassen, Leitungsnetze.

Wie wollen Sie denn den Strom exportieren? Über den Paketdienst der deutschen Post oder über den ausgebauten ÖPNV. Ich habe den Rheinland-Pfalz-Takt anders verstanden.

Ein weiterer Widerspruch in Ihrem Koalitionsvertrag: Sie sind für eine dezentrale Energieversorgung – einerseits. Andererseits wollen Sie aber Strom exportieren und dann zentral andere versorgen.

Die CDU unterstützt Sie bei der Energiewende. Aber wir sind realistischer als Sie, haben zumindest einige Fragen.

Die Zahlen des Statistischen Landesamtes aus Rheinland-Pfalz sind beeindruckend: Der Stromverbrauch betrug im Jahr 2009 27,1 Terawattstunden. „Tera“ (T) bedeutet – Sie wissen es - 1 Billion Wattstunden.

Der Anteil der regenerativen Energien an diesen 27 Terawattstunden beträgt lediglich 3,9 TWh.

Dazu steuert die Windkraft alleine knapp 2 Terawattstunden bei – ist also Hauptlieferant bei den regenerativen Energien.

Aber mit alledem sind wir ja noch lange nicht bei 27 Terawattstunden. Da fehlen noch rund 23.

Wollte man diese fehlende Energie allein durch Windkraftanlagen ersetzen, bräuchte man mehr als 1.700 Windkraftanlagen mit je 5 Megawatt Leistung. Sie müssen sich vorstellen was das bedeutet.

Solche Windräder sind so hoch wie die Türme des Kölner Doms. Und legt man die dafür nutzbare Fläche zu Grunde, dann hieße das: Landauf, landab, in einem Abstand von rund 700 Metern müssten solche Giganto-Windräder stehen – weithin sichtbar. Wie wollen Sie das Ihren ökologischen Land- und Forstwirten erklären. Auf die Bürgerbeteiligung bei diesen Projekten sind wir gespannt.

Wir können diese Rechnung aber auch gerne für die Photovoltaik aufmachen. Ich weiß, es ist ein bisschen kompliziert, aber Sie fordern doch immer von uns, dass wir konkret werden.

Es wären fast 186 Quadratkilometer Photovoltaik-Oberflächen zusätzlich nötig, um Rheinland-Pfalz allein mit regenerativer Sonnenenergie zu versorgen. Das ist fast die doppelte Fläche der Stadt Mainz. Das zeigt, dass der Umstieg und die Versprechungen von 2030 alles andere als gesichert sind.

Dazu kommt noch eine zweite entscheidende Frage. Die regenerativen Energien sind nicht grundlastfähig. Wo wollen Sie denn diese Energie speichern? Was machen Sie bei Windstille und Regen? Wie sichern Sie die Grundlast, damit die Netze stabil bleiben?

Deshalb fragen wir auch: Wo in Rheinland-Pfalz sollen die Pumpspeicherkraftwerke entstehen und wo sollen Gaskraftwerke gebaut werden? Hier erwarten wir von Ihnen überzeugende Antworten, die wir gerne mit Ihnen diskutieren.

Aber wer ein solches Versprechen wie Sie abgibt, muss sich auch jährlich an erreichten Zwischenzielen messen lassen und nicht Überprüfungen von Versprechen verschieben auf 20 Jahre danach. Sie machen Versprechen für 2030, die keiner vor der nächsten Wahl überprüfen kann!

Wir brauchen hier – gerade im Interesse der Menschen - Sicherheit im Wandel! Man muss kein Prophet sein, um zu wissen: Die Energiewende wird viel Geld kosten. Geld was Rheinland-Pfalz falsch verpulvert hat. Und auch den Bürger belasten.

Finanzen/Haushalt

Das leidige Thema: Geld

In den vergangenen 20 Jahren - unter der Ägide der SPD – hat sich das Land bis über beide Ohren verschuldet.

Kein Flächenland im Westen Deutschlands hat seine Pro-Kopf-Verschuldung so in die Höhe getrieben wie Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsident Beck.

Dazu der Rechnungshof Rheinland-Pfalz:

„Ein tragfähiges Konzept, wie bis 2020 ein struktureller Haushaltsausgleich ohne neue Schulden sichergestellt werden soll, liegt bisher nicht vor. Angesichts der hohen Verschuldung droht dem Land der Verlust seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit.“ (Teil I, S. 5f)

Jetzt steht unser Land vor der schwierigen Aufgabe, seine zerrütteten Landesfinanzen in Ordnung zu bringen und zugleich die großen Defizite bei Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen, Bildung, Schule und Wissenschaft auszugleichen – und das in einer Zeit, in der der demographische Wandel Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft erfasst.

Der Ministerpräsident sprach wolkig in seiner gestrigen Rede: Rheinland-Pfalz habe keine Schulden aufgenommen, um das Geld leichtfertig auszugeben, sondern vielmehr klug in die Zukunft unseres Landes investiert.

Eine recht eigenwillige Deutung!

Wir alle wissen, am Nürburgring wurde viel, viel Geld versenkt, zu teuer ausgegeben, unkontrolliert dem Steuerzahler aus der Tasche genommen.

Und es ist wirklich „tollkühl“ - tollkühn - zu behaupten, die Gelder seien in diesem Land immer nachhaltig eingesetzt worden – und das angesichts des größten Wirtschaftsflops Ihrer Regierung: Wenn für Sie mehrere 100 Millionen Euro am Nürburgring als stets klug eingesetztes Steuergel bezeichnen, dann wirft das Fragen auf zu Ihrem Verständnis von Investitionen. Der Pensionsfonds soll ja auch eine Investition sein – nur ist der kreditfinanziert, und das Geld gar nicht mehr im Topf, auch das kritisiert der Landesrechnungshof.

Herr Ministerpräsident, wir reichen Ihnen die Hand für eine wirklich nachhaltige Haushaltspolitik. Wir fordern ohne Wenn und Aber die Einhaltung der Schuldenbremse.

Das gilt auch für die Nebenhaushalte wie die Landesbetriebe mit eigener Kreditaufnahme.

Darauf legen wir den allergrößten Wert.

Denn, meine Damen und Herren, wenn wir den Landeshaushalt wirklich sanieren wollen, dann müssen wir zu allererst wieder mehr Klarheit und Wahrheit in die Finanzen des Landes bringen.

Wir brauchen keine Nebenhaushalte, in denen die Schulden versteckt werden.

Wir brauchen einen rückhaltlosen Kassensturz.

Wir fordern Sie auf, die Haushaltspolitik dieses Landes wieder auf den Boden der Verfassung zurückzuführen.

Denn:

Der Landeshaushalt 2011 ist verfassungswidrig.

Aus zwei Gründen:

1. Die Neuverschuldung übersteigt die eigenfinanzierten Investitionen dramatisch.
2. Der Ausweis der Zahlungen an den Pensionsfonds als Investition ist verfassungsrechtlich zumindest problematisch.

Niemand kann heute ernsthaft von einer wirtschaftlichen Schieflage sprechen - bei einer bundesweit boomenden Wirtschaft, sinkender Arbeitslosigkeit und sprudelnden Steuerquellen. Das Verfassungsgericht Nordrhein-Westfalen hat hierzu ein unmissverständliches Urteil gesprochen.

Mit der Steuerschätzung in diesem Monat und hohen Steuermehreinnahmen hat der Haushalt 2011 eine neue Grundlage bekommen.

Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion:

Legen Sie umgehend einen Nachtragshaushalt vor. Der Landeshaushalt muss auf dem festen Boden der Verfassung stehen!

Jeder zusätzliche Euro, der jetzt an Steuereinnahmen durch die gute Konjunktur unverhofft in die Steuerkasse des Landes kommt, muss eins zu eins in den Schuldenabbau fließen. So haben wir uns bereits in unserem Wahlprogramm und im Parlament positioniert.

Herr Ministerpräsident, die CDU-Fraktion bietet Ihnen an, Sie dabei zu unterstützen.

Aber – als Landesregierung sind Sie in der Pflicht, dem Parlament unverzüglich einen Nachtrag vorzulegen.

Sollten Sie sich dabei auf den Standpunkt stellen, dass dies nicht erforderlich sei – müssen wir daraus Konsequenzen ziehen.

Alle Kostensteigerungen bei Land und Kommunen müssen auf den Prüfstand. Prüfstand heißt: Erst prüfen, vorbehaltlos, dann entscheiden – damit Kosten und Nutzen klar sind.

Da ist es eben keine gute Idee, zusätzliche Minister, zusätzliches Personal und zusätzliche Ministerien zu installieren - nur um ein gutes Betriebsklima in der rot-grünen Koalition zu fördern. Über die Sinnhaftigkeit, einem Demografieministerium die Themen Frauen und Kinder und Integration wegzunehmen, können wir gerne gesondert sprechen. Schön übrigens, dass Sie meiner Forderung nach einem Demografie- und Integrationsministerium nachgekommen sind, Herr Ministerpräsident. Hatten Sie die Notwendigkeit nicht immer abgelehnt, da dies Chefsache sei?

Lehrer, Polizisten, Mitarbeiter – alle sollen die so genannte demographische Rendite erbringen – nur nicht die Landesregierung! Im Gegenteil ...

Das wir uns nicht falsch verstehen: Wir tragen die Entscheidung mit, dass die Lebensarbeitszeit der Landesbeamten stufenweise verlängert wird, im Gegensatz zu Ihnen haben wir das auch auf Bundesebene so im Blick.

Die Voraussetzung aber ist, dass insgesamt ein ausgewogenes und faires Sparpaket der Landesregierung vorgelegt wird. Es darf aber nicht sein, dass wenige Gruppen alleine das Opfer bringen müssen.

Steuererhöhungen

Zur Sanierung des Haushaltes fällt Ihnen wie immer zuallerst ein, die Bürger höher zu belasten. Und Sie rechnen sogar bei der mittelfristigen Finanzplanung mit Einnahmen aus der Änderung von Bundesgesetzen, für die Sie, Herr Beck zwar mal zuständig sein wollten in Ihrer Zeit als Bundesvorsitzender, aber es nun wirklich nicht sind. Bundesratsanträge sind Ihnen aber unbenommen. In denen werden Sie dann demnächst fordern:

Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Wiedereinführung der Vermögensteuer. Höhere Erbschaftsteuer.

Und wer sind die Leidtragenden? Die Arbeitnehmer, die kleinen Handwerker, die mittelständische Wirtschaft in den ländlichen Regionen.

Mit der Konsequenz, dass Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz gefährdet werden.

Ihre Forderungen sind ein empfindlicher Griff in die Taschen der Durchschnittsverdiener.

Und was sind die finanzpolitischen Impulse von Rot-Grün fürs Land? Steuererhöhungen: Beispiel Grunderwerbssteuer – hoch auf 5 Prozent. Und die Kommunen haben nicht einmal etwas davon.

Das ist in einem Land mit einer Eigentumsquote bei Grund und Boden von 54 Prozent keine Reichensteuer, sondern eine Steuerlast der Mittelschichten.

Hier werden vor allem junge Familien belastet. Ist das die Gegenfinanzierung für die beitragsfreien Kindergärten.

„Sicherheit im Wandel“ sieht anders aus!

Kommunen

Für unsere Städte und Gemeinden ist „Sicherheit im Wandel“ schon längst ein Wunschtraum.

Die jetzigen Anstrengungen der Landesregierung reichen hier in keinster Weise aus. Ein neuer Kommunaler Finanzausgleich muss deshalb eine der vordringlichsten Aufgaben für die neue Legislaturperiode sein.

Ergänzend dazu halten wir eine Gemeindefinanzkommission auf Landesebene für sinnvoll, die über Parteigrenzen hinweg gemeinsam mit Experten die Zukunft der kommunalen Finanzen in Rheinland-Pfalz analysiert und neue Wege aufzeigt.

Hier ist sicherlich das jetzt vom Land in Auftrag gegebene Gutachten als Grundlage hilfreich. Es kann jedoch nicht sein, dass Experten und Landesregierung alleine am grünen Tisch entscheiden, wie es mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen weitergeht.

Justiz

Apropos einsame Entscheidungen:

„Sicherheit im Wandel“ - auch am Gerichtsstandort Koblenz? Auch bei den Verwaltungsgerichten?

Da wird zwischen Tür und Angel entschieden: Verwaltungsgericht, Generalstaatsanwaltschaft, Oberlandesgericht sollen geschlossen werden. Just an dem Standort, der mit Millionenaufwand gerade modernisiert wurde.

Das verwundert, ich zitiere aus dem SPD-Programm:

„Eine Reform der Gerichtsorganisation und der gerichtlichen Verfahren wird die SPD Rheinland-Pfalz nur dann mittragen, wenn mit ihr mehr Bürgernähe und mehr Effektivität erreicht wird.“ (Wahlprogramm S. 45)

Diesen Beweis sind sie bislang schuldig geblieben, aber eine Entscheidung haben Sie schon einmal getroffen. Vor der Prüfung.

Es gibt ja Zeitungsinterviews, die können zu keinem besseren Zeitpunkt kommen. Herr Minister Hartloff, Danke für den offenen Einblick in ihren Gemütszustand in dieser Sache. Ich empfehle jedem das gestrige Interview in der Rheinzeitung.

Erstens sagen Sie

„Maßgeblich ist ... die ... beschlossene ... Schuldenbremse ... Auch die Justiz muss ihren Beitrag leisten.“

Man muss laut dieser Aussage doch davon ausgehen, dass dieser Beitrag dann von Ihnen vorher berechnet worden sein muss. Sonst hatten Sie keine Grundlage für eine rationale Entscheidung. Sie sagen ja auch:

„Die Einsparungen müssen auf vielen Feldern erbracht werden ... Das OLG ist ein wichtiger Baustein.“

Den sollten Sie dann auch definieren. Jetzt wird's aber spannend: Sie sagen hingegen:

„Ich gehe davon aus, dass wir substanzielle Einsparungen erzielen. Wenn das allerdings ... nicht der Fall sein wird, muss man natürlich neu denken.“

Ein Tipp: Nicht neu, sondern vorher zu Ende denken. Das erspart Vieles! Vo allem den Betroffenen unnötige Sorgen.

Aber den Vogel schießen Sie dann noch mal mit folgender - subtiler Logik ab, ich zitiere:

„Die politische Vorgabe, also die Standortentscheidung, steht fest.“

Also doch keine Prüfung, sondern politische Entscheidung aus dem Bauch?

Sicherheit im Wandel? Ihre Wandlungsfähigkeit, ja, die ist sicher.

Meine Damen und Herren,
ich denke niemand – auch nicht in der Justiz – wird sich einer Diskussion über die Straffung von Justizstrukturen und deren Neuorganisation verschließen. Aber so, wie diese Koalition das Thema angeht, werden wir diese Vorhaben nicht mittragen.

Eine sachliche Begründung für diese drastischen Maßnahmen ist die Koalition bisher dem Landtag, der Öffentlichkeit und vor allem auch den Betroffenen schuldig geblieben.

Eines ist doch auffällig: Sie haben erhebliche Problem mit der kritischen und unabhängigen Stimme der Juristen in Koblenz. Und hätten Sie einen Ihnen genehmen, geeigneten Kandidaten gefunden für die OLG-Präsidentenstelle, dann sähe die Passage im Koalitionsvertrag wahrscheinlich ganz anders aus.

Herr Ministerpräsident, für Sie ist die Justiz eine nachgeordnete Behörde. Für mich ist sie die dritte Gewalt im Staat.

Anrede:

Wir haben gestern einen Antrag in den Landtag eingebracht.
Darin bitten wir den Landesrechnungshof um eine Überprüfung der geplanten Fusion – insbesondere mit Blick auf die angekündigten Einspareffekte.

Bis das Ergebnis dieser Prüfung vorliegt, fordern wir ein Moratorium, damit nicht vorzeitig falsche Fakten geschaffen werden und den Mitarbeitern Sicherheit gegeben wird.

Schließlich brauchen wir ja „Sicherheit im Wandel“ – und da fragen wir doch den Landesrechnungshof lieber einmal zu viel als einmal zu wenig.

Wir gehen davon aus, dass die Koalition diesen Antrag mit einer breiten Mehrheit unterstützen wird. Ich darf hier an S. 68 des Koalitionsvertrages erinnern. Dort heißt es:

„Der Landesrechnungshof ist ein wichtiger Ratgeber zur Umsetzung der Konsolidierung. Die Zusammenarbeit soll weiter intensiviert werden. Die Landesregierung wird Möglichkeiten prüfen, die Expertise des Rechnungshofs verstärkt frühzeitig zu nutzen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
über die jetzt angekündigten Schließungen hinaus halte ich es für sehr wahrscheinlich, dass noch weitere folgen.

Teilte doch der Kollege Hoch bereits schriftlich mit, ich zitiere:

„Die angekündigte Fusion der beiden Oberlandesgerichte ist ein erster Schritt in eine solche Strukturprüfung. Auch der übrige Justizaufbau aller Gerichtsbarkeiten soll insbesondere vor dem Hintergrund einer deutlich divergierenden Arbeitsbelastung zeitnah überprüft und verbessert werden.“ (s. Brief)

Hierzu passt, dass laut Koalitionsvertrag nur die Amtsgerichte „in der Fläche erhalten“ bleiben sollen.

Für uns stellen sich daher folgende Anschlussfragen:

- Wie es ist es um die Zukunft der kleineren Landgerichte - Landau, Zweibrücken, Bad Kreuznach – oder auch einzelner Staatsanwaltschaften bestellt?
- Wie sieht die Zukunft der auswärtigen Kammern der Arbeitsgerichtsbarkeit aus?
- Wie steht es um die Zukunft der Standorte der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit?
- Und schließlich: Wer soll vor diesem Hintergrund noch darauf vertrauen können, dass die Amtsgerichte tatsächlich „in der Fläche erhalten“ bleiben?

Sieht so also die sozial-ökologische Sicherheit im Wandel aus ...

Innere Sicherheit

Meine Damen und Herren, versteht man den Begriff „Wandel“ bei Rot-Grün richtig, dann ist für die Koalitionspartner das Feld der Inneren Sicherheit nur Manövriermasse bei den Einsparvorschlägen.

Zwar wird das hohe Lied auf die Polizei gesungen und die notwendige Personal- und Sachausstattung versprochen. Andererseits muss die Polizei als Sündenbock für Sparmaßnahmen herhalten.

Diese Landesregierung plant einen Personalabbau bei der Polizei, wohlwissend, dass es

mit Stand 1. Januar 2010 1,7 Mio. Überstunden bei der Polizei gab!

Es stehen faktisch schon jetzt weit weniger Beamte für den täglichen Dienst bei der Polizei zur Verfügung als die Bestandszahlen der Landesregierung suggerieren. Weniger Polizisten wollen Sie, haben wir Sie da richtig verstanden?

In meinem bisherigen Bundestagswahlkreis in Birkenfeld und Baumholder stehen bei den Polizeiinspektionen in der Nacht im Höchstfall jeweils drei Beamte zur Verfügung, das heißt: Einer sitzt am Telefon und zwei sind im Auto unterwegs. Da darf parallel wirklich nichts passieren. Und wen wollen Sie denn da eigentlich noch abziehen? Das Auto?

Das ist die wandelnde Sicherheit, sozial-ökologisch motiviert.

Bildung

Sicherheit, die leider auch in der Bildung fehlt:

Die vergangenen fünf Jahre waren wesentlich geprägt von der Debatte um die Schulstrukturreform. Hunderte von Schulen wurden zumeist gegen ihren Willen umgewandelt. Die Ausläufer dieser jüngsten Veränderung sind noch lange nicht bewältigt.

Lehrerkollegien haben noch längst nicht zusammengefunden. Die Lehrerbildung wurde auf die veränderte Struktur noch gar nicht umgestellt. Sie lassen weiterhin Lehrer für Schularten ausbilden, die es so gar nicht mehr gibt!

Dies zeigt, es gibt keinen Spielraum für ein abermaliges Herumdoktern an der Schulstruktur. Jedoch das, was Sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben haben, gefährdet die Stabilität unserer Schullandschaft und damit den Schulfrieden.

Ziel Ihrer Regierungspolitik ist es nun, dass auch kooperativ arbeitende „Realschulen Plus“ integrativ arbeiten sollen. Dies verunsichert die Lehrerkollegien und Eltern massiv.

Wie stellen Sie sich das denn vor? Eine Schule steht mitten im Aufbau und hat ein Konzept und Profil erarbeitet. Dies soll schon wieder umgeworfen werden?

Bildung braucht Zeit und Kontinuität! Es sind die Bundesländer wie Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg, die mit einer konstanten und differenzierten Schulstruktur deutschland- und weltweit die besten PISA-Ergebnisse erreicht haben.

Es sind gerade nicht die Dauerreformbundesländer wie NRW oder Bremen, wo es schon fast zum guten Ton gehört in jeder Legislaturperiode an der Schulstruktur herumzubasteln!

Der Koalitionsvertrag sendet ein Zeichen des Misstrauens und der Ablehnung an die kooperativ arbeitenden Realschulen plus. Dies erschwert die Arbeit ungemein und vergiftet das Klima.

Dasselbe gilt auch für die Neuerung in Fragen der Integrierten Gesamtschulen. Eine Schulart, die im Sinne der Wahlfreiheit in Rheinland-Pfalz ihre Berechtigung hat. Was keine Berechtigung hat, ist eine Bevorzugung dieser Schulart gegenüber anderen Schularten. Wo ist Ihr Bekenntnis zum Gymnasium?

Nun wollen sie die Gründung von Gesamtschulen dadurch erleichtern, dass Sie die notwendige Schülerzahl deutlich reduzieren.

Wieso gestehen Sie dieses Privileg lediglich Gesamtschulen zu?

Was sich vordergründig problemlos anhört, rührt aber an den Grundfesten der Gesamtschule wie wir sie kennen.

Die Vierzügigkeit der Gesamtschule unter Voraussetzung der Klassenmessenzahl von 30 Schülern ist keine Schikane, sondern Grundvoraussetzung, um ab Klasse 7 Differenzierungskurse sinnvoll anbieten zu können. Da jedoch die reduzierte Klassenmessenzahl, wie Sie sie in Aussicht stellen, lediglich für die Orientierungsstufe gilt, haben wir ab Klasse 7 zukünftig dreizügige Gesamtschulen, die nur noch einen Bruchteil an Differenzierung anbieten können.

Aber vielleicht ist auch das gewollt, denn mit weniger Differenzierungskursen ab Klasse sieben kommen Sie auch hier ihrem Traum von einer Einheitsschule oder „Eine Schule für Alle“ wie Sie sie nennen, näher.

Das ist ja noch nicht alles: Sie wollen das Sitzenbleiben abschaffen, die Notengebung aufweichen. Die CDU steht hingegen weiter für das Leistungsprinzip, das motiviert.

Sie müssen den Eltern klar sagen, dass mehr integrative Gesamtschulen längere Schulwege bedeuten. Da klingt Ihr schöner Satz „Kurze Beine kurze Wege“ als ziemlich weit hergeholt.

Wohin die Reise an den Schulen des Landes geht, zeigt auch Ihre Anweisung bezüglich der Vertretungsverträge im Schulbereich.

Hier hatten Sie in den vergangenen Jahren wenigstens in der Verwaltung des Mangels den Schulen ein Mindestmaß an Freiheit zugestanden. Aber diese Freiheit haben Sie für eine leidliche Unterrichtsabdeckung während des Wahlkampfes verkauft.

Im Sinne der gescheiterten Mission „Erhalt der absoluten Mehrheit“ haben sie die Vertretungstöpfe in den letzten Monaten vor der Wahl geplündert, indem sie den horrenden Unterrichtsausfall im Land kurzfristig unter Aufbietung aller Finanzmittel mit Vertretungsverträgen notdürftig gelindert haben. Diese vorzeitigen Ausgaben müssen jetzt wieder reingeholt werden.

((Zitat Leserbrief))

Die Verträge werden nun auf Anordnung im Ministerium höchst selbst in Mainz kontrolliert.

Herr Ministerpräsident, Sie haben doch gestern in Ihrer Rede noch für sich in Anspruch genommen, Bürokratie abbauen zu wollen. Hier bauen Sie sie auf!

Im Koalitionsvertrag sucht man vergebens nach dem Stichwort Unterrichtsausfall. Sie ignorieren ihn. Aber es gibt ihn.

Und was nützt die schönste kostenlose Schülerbeförderung, wenn der Unterricht erst überhaupt nicht statt findet?

Im Wahlkampf war Bildung Schwerpunkt, und Einsparungen waren für Sie in diesem Bereich tabu. So haben Sie, Herr Ministerpräsident, wörtlich gesagt, ich zitiere:

„Die Bildung hat für mich weiter höchste Priorität, das sehen Sie daran, dass wir die demografische Dividende ins System zurückgeben.“¹

Jetzt nutzen Sie die sog. demografische Rendite, um 2000 Lehrer einzusparen. Damit entziehen Sie - vorsichtig geschätzt 120 Mio. Euro der Bildung!

Es ist gemessen an ihren eigenen Wahlaussagen doch sehr verwunderlich, dass $\frac{3}{4}$ der von Ihnen geplanten Stelleneinsparungen der Bildungsbereich zu schultern hat.

Das nenne ich bewusste Wählertäuschung! Diese Landesregierung spart bei der Bildung!

Ihr Umgang mit den Vertretungslehrkräften führt dazu, dass der Unterrichtsausfall dramatisch ansteigen wird, weil Stellen nicht mehr kurzfristig zu besetzen sind. Zudem werden die Vertretungslehrkräfte mit gefragten Fächern verstärkt abwandern.

Es ist also Ihr persönlich verschuldeter Unterrichtsausfall, den wir in den kommenden Monaten zu beklagen haben. Sie tragen hierfür die Verantwortung.

Allein an einer mir bekannten Schule nehmen Sie durch Ihre Regelung sechs Lehrkräften die Perspektive und den Schülern voraussichtlich rund 70 Stunden Unterricht. Wohlgermerkt zusätzlich zum jetzt schon bestehenden Unterrichtsausfall!

Ich verspreche Ihnen: Auch in den kommenden fünf Jahren können Sie in der Schulpolitik mit uns rechnen. Wie wirkungsvoll wir hierin sind, haben wir aktuell wieder erfahren: 2008, dann 2010 forderten wir in Haushaltsbegleitanträgen und Deckblättern die Einrichtung einer verlässlichen Vertretungsreserve in Form eines Stellenpools.

Jeweils selbstverständlich abgelehnt von der SPD.

Was durften wir am 21.5.11 in der Rheinpfalz lesen? Die neue Landesregierung plant eine verlässliche Vertretungsreserve in Form eines Stellenpools in Höhe von 200 Stellen zu schaffen. So macht die Landesregierung Politik – mit unseren Konzepten. Gerne!

Das gilt auch für die Vergangenheit im Bereich der frühkindlichen Bildung: In den vergangenen fünf Jahren haben wir in Gesetzesänderungen und Anträgen die Einrichtung von Familienzentren, die Verstärkung der Sprachförderung bis in die Grundschule, einen Ausbau der Zusammenarbeit von Grundschule und Kindertagesstätte sowie eine Neuregelung in Fragen der Leitungsfreistellung gefordert.

Zudem haben wir die einseitige Ausrichtung der U3-Betreuung auf geöffnete Kindergartengruppen kritisiert.

Alle diese Forderungen wurden von der SPD in den vergangenen Jahren abgelehnt!

Dass sie jetzt trotzdem Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben, freut uns.

Bildung hat für uns Vorrang.

¹ Vgl. Rheinland-Pfälzische Schule 03/2011: S. 14

Wir stehen für mehr Freiheit und Vertrauen statt Bürokratie und Schönfärberei.

Wir stehen für Leistungsgerechtigkeit und Transparenz. Deshalb brauchen wir verbindliche Noten ab der dritten Klasse, gerne mit Verbalbeurteilung dazu, den Erhalt des Fachprinzips, eine starke fachlich fundierte und praktisch geerdete Lehrerbildung statt Einheitslehrerkonzepte.

Wir stehen für landeseinheitliche Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen.

Wir verabschieden uns aus den bildungspolitischen Schützengräben der 70 er und 80er Jahre. Deshalb lehnen wir die einseitige Bevorzugung integrativer Schularten ab.

Realschule plus muss stabilisiert, das Gymnasium erhalten, die Berufsbildenden Schulen gestärkt und die Gesamtschulen als ergänzende Schule angeboten werden.

Schluss

Es gibt viel zu tun in den kommenden Jahren – und die Opposition wird hart mitarbeiten, kontrollieren und eigene Vorschläge machen.

Wo stehen wir heute? Ich fasse zusammen:

Gebrochene Wahlversprechen. Unmut in den Regionen. Enttäuschte Wähler an der Mosel, in der Eifel, in der Pfalz und im Westerwald. Unzufriedene Anwohner am Mittelrhein, der Nahe und Hunsrück. Kopfschütteln bei den Steuerzahlern über die Aufblähung des Regierungsapparates. Belastung junger Familien und der Wirtschaft durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer, Kies- und Wasserabgabe. Justiz auf den Barrikaden. Frontalkritik aller Bildungsverbände Ärger unter Lehrern und Eltern. Fehlstart und Aufruhr – statt Aufbruch und Sicherheit.

Sehr Herr Ministerpräsident, noch ist es nicht zu spät: Ihre Ziele haben Sie formuliert, aber wo Einsichten einkehren, wäre es fatal, Ziele nur um der Ziele und Worte willen umzusetzen. Wir bieten Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit in der Sache an.

Auf gute fünf Jahre. Mögen Gelassenheit, Gesundheit, Kraft, Humor und Gottes Segen uns alle begleiten.